

**Nr. 102**  
**Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl**  
**Bonn, 30. November 1989**

BK, 212 – 34500 De 39 Bd. 1. – Mitverfasser: MDg Hartmann, VLR I Bitterlich, VLR Westdickenberg. Vorlage über Chef BK. Hs. vermerkt: „wegen Eilbedürftigkeit direkt vorgelegt, Chef BK hat Doppel erhalten“. Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik erl.“

**Betr.:** Reaktionen aus den wichtigsten Hauptstädten auf Ihren 10-Punkte-Plan

Zur Unterrichtung.

**I. Die Reaktionen im einzelnen**

**1. USA**

Laut dpa (bestätigt von unserer Botschaft) stellte Außenminister Baker folgende vier Grundsätze zur Erlangung der deutschen Einheit auf:<sup>1</sup>

- Selbstbestimmung sei vorrangig; „... wir sollten wirklich keinerlei bestimmte Vision der Einheit unterstützen oder ausschließen“; Einheit könne Bundesstaat, Konföderation oder „etwas anderes“ bedeuten;
- Einheit müsse im Kontext von anhaltenden Bindungen an die NATO und eine zunehmend integrierte Europäische Gemeinschaft erfolgen; „... es sollte keinen Handel Neutralismus für Einheit geben ... keine ‚Illusion‘ über den demokratischen Charakter der Bundesrepublik Deutschland“ geben;
- es müsse im Interesse „europäischer Stabilität“ ein „friedlicher, gradueller und schrittweiser Prozeß“ sein;
- „... bezüglich der Frage von Grenzen, die nicht in Ihrer Rede<sup>2</sup> angesprochen wurde“, müsse entsprechend den Grundsätzen der Schlußakte von Helsinki „die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa“ anerkannt und „die Möglichkeit von Veränderungen dieser Grenzen nur mit friedlichen Mitteln“ erlaubt werden.

**2. Großbritannien**

Botschafter von Richthofen hat uns über gestriges Gespräch von BM Genscher mit PM Thatcher<sup>3</sup>, bei dem Ihre Erklärung wichtige Rolle gespielt habe, wie folgt unterrichtet:

- PM Thatcher habe BM Genscher eingangs um Erläuterung der Erklärung gebeten –

1 Außenminister Baker gab am 29. November 1989 im Weißen Haus vor der Presse eine Erklärung „zur Frage der deutschen Wiedervereinigung“ ab (American Foreign Policy. Current Documents 1989. Department of State Publication 9815. Washington [D.C.] 1990, 346 f.). Der dpa-Meldung zufolge (Wiedergabe unter dem Titel „Supermächte zeigen Kohl die kalte Schulter“ in: Frankfurter Rundschau. 45. Jg. Nr. 279. 1. Dezember 1989, 1 f.) erklärte er, „daß unsere Position dazu im wesentlichen vier Grundsätze einschließen sollte: – Zu allererst muß die Selbstbestimmung verfolgt werden, ohne das Ergebnis zu präjudizieren. Das bedeutet, daß wir wirklich keinerlei bestimmte Vision der Einheit unterstützen oder ausschließen sollten. Einheit kann vielerlei bedeuten, es kann einen einzigen Bundesstaat bedeuten, eine Konföderation oder es kann etwas anderes bedeuten. – Falls es Einheit gibt – zweites Prinzip –, sollte sie nach meiner Meinung im Kontext von Deutschlands anhaltenden Bindungen an die NATO und eine zunehmend integrierte Europäische Gemeinschaft eintreten. Das heißt, es sollte keinen Handel Neutralismus für Einheit geben und es sollte keine Illusion über den demokratischen Charakter der Bundesrepublik Deutschland geben [im Englischen wörtlich: „no dilution of the Federal Republic of Germany’s liberal democratic character“]. – Dritter Grundsatz: Im Interesse allgemeiner europäischer Stabilität würde ich – meine ich – es vorziehen, daß Bewegung in Richtung Einigung friedlich, graduell und Teil eines schrittweisen Prozesses ist. – Und zuletzt, bezüglich der Frage von Grenzen, die nicht in der Rede von Bundeskanzler Kohl angesprochen wurde, denke ich, daß wir unsere Unterstützung für die Grundsätze der Schlußakte von Helsinki bekräftigen sollten, die die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa anerkennt und die Möglichkeit von Veränderungen dieser Grenzen nur mit friedlichen Mitteln erlaubt.“

2 Nr. 101 Anm. 14.

3 Zu dem Gespräch am 29. November 1989: Genscher, Erinnerungen, 675 f.

sie sei sich aufgrund der Presseberichte (PK GS Rühle<sup>4</sup>, Rede selbst) und des Berichts ihres Botschafters nicht „ganz im klaren“.

- Nach der Erläuterung durch BM Genscher habe sie darauf verwiesen, daß man in Paris zusammengesessen<sup>5</sup> und festen Grund unter den Füßen gehabt habe. Hieran wollte man doch festhalten – nun sei plötzlich alles in Bewegung.

### 3. Frankreich

Präsident Mitterrand sagte auf einer Pressekonferenz in Athen<sup>6</sup>: „Ich habe volles Verständnis (für die Erklärungen des Bundeskanzlers), und ich würde mich den Bestrebungen der deutschen Politiker nicht widersetzen. Ich habe stets erklärt, sie seien legitim. Ich weiß, daß die deutschen Politiker verantwortungsbewußt und vernünftig genug sind, um derartige Fragen zur rechten Zeit zu behandeln. Zudem werden sie eine ganze Reihe von Situationen prüfen, die es natürlich notwendig machen werden, daß die übrigen europäischen Völker nicht vor eine vollendete Lage gestellt werden, vor allem jene nicht, die die Funktion von Garanten ausüben ...“

AM Dumas hat gestern in der Fragestunde der Nationalversammlung zu Ihrer Erklärung im wesentlichen betont:<sup>7</sup>

- Die 10 Punkte, die die französische Regierung im einzelnen genau prüfen werde, stellten in vollständiger und klarer Weise die Haltung der Bundesregierung dar, die der französischen Seite aufgrund des bestehenden ständigen Dialogs voll vertraut sei.
- Die französische Haltung zur Wiedervereinigung sei bekannt. Jedes Volk und daher auch das deutsche Volk habe das Recht, sein Schicksal zu bestimmen. Daher sei der Wunsch nach Wiedervereinigung völlig legitim. Hierfür sei aber die Zustimmung der beiden deutschen Staaten und der Vier Mächte unerlässlich. Weg dahin könne nur in demokratischer und friedlicher Weise erfolgen.
- Französische Regierung lege besonderen Wert auf die Erklärung des Bundeskanzlers, daß die Wiedervereinigung im Kontext der europäischen Integration erfolgen müsse. Die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur EG, ihr Wille zur Europäischen Union müsse dazu führen, in Straßburg die notwendigen konkreten Beschlüsse zur sozialen Dimension sowie zur Wirtschafts- und Währungsunion zu fällen.
- Er sei davon überzeugt, daß die Bundesrepublik Deutschland in Straßburg die Skeptiker Lügen strafen werde, indem sie uns zeigen werde, daß es für sie keine Wahl zwischen EG und der DDR gibt – daß sie auf eine stärkere Gemeinschaft setze, auch gerade, um die Beziehungen zur DDR zu fördern.

### 4. Sowjetunion

Der sowjetische Außenamtssprecher Gerassimow erklärte in Rom<sup>8</sup>, niemand in Europa sei „begierig, ein vereintes Deutschland zu sehen, weil es die gegenwärtige Stabilität Europas umstoßen würde“. Er verwies darüber hinaus darauf, daß Außenmini-

4 Vermutlich gemeint: das Interview des Generalsekretärs der CDU, Rühle, mit der BBC, das am 28. November 1989 gesendet wurde (BBC Radio 4, The world tonight, 23.00 Uhr; Wortlaut in: Deutschland 1989. Bd. 5, 37f.).

5 Dazu Nr. 94.

6 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 29. November 1989 in Athen auf, um mit Ministerpräsident Zolotas Fragen des bevorstehenden EG-Gipfeltreffens in Straßburg (Nr. 117 Anm. 1) zu erörtern.

7 Erklärung des Außenministers Dumas zur Wiedervereinigung Deutschlands in einer Fragestunde der Nationalversammlung, 29. November 1989, in: Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires. Assemblée Nationale. 9e Législature. Première Session Ordinaire de 1989–1990. 98e Séance. Compte Rendu Intégral. 1<sup>re</sup> Séance. 29 Novembre 1989, 5692f.

8 Zu dem Besuch des Generalsekretärs Gorbatschow vom 29. November bis 1. Dezember 1989 in Italien: Gorbatschow, Erinnerungen, 659–663.

ster Schewardnadse die Ansicht vertreten habe, falls die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 als Ziel fallengelassen werde, könne die Sowjetunion ihre Ablehnung des von Bundeskanzler Kohl formulierten Plans überdenken. Gegenüber dem italienischen Außenminister habe er den Vorschlag von Bundeskanzler Kohl, die Bundesrepublik Deutschland und die DDR könnten über einen Staatenbund möglicherweise zu einem Bundesstaat zusammenwachsen, abgelehnt. Konföderative Strukturen seien aber denkbar. „Es gebe Realitäten, die nicht umgangen werden können.“ (Äußerungen liegen uns bisher nur als Agenturmeldungen vor.)

## 5. Italien

Von seiten des italienischen MP Andreotti liegt bisher keine Äußerung zu Ihrer Erklärung vor (zu seinen bisherigen grundsätzlichen Einlassungen zur deutschen Frage siehe Vorlage der Abteilung 2 vom 28. November 1989<sup>9</sup>).

Italienischer Regierungssprecher hat gestern nach dem Gespräch zwischen SU-AM Schewardnadse und AM De Michelis nach Agenturmeldungen erklärt, AM De Michelis teile in gewisser Weise die Sorge Schewardnadses hinsichtlich der Gefahr eines „deutschen Revanchismus“ – AM De Michelis habe gesagt, „daß ein deutsches Problem existiert und daß es mit Phantasie und Erneuerungsgeist angegangen werden muß, damit es im Rahmen des gemeinsamen europäischen Hauses Fortschritte macht“.

Auf Anfrage von Botschafter Ruth hat der Generalsekretär des italienischen Außenministeriums nach Rücksprache mit dem AM klargestellt, daß AM De Michelis mit keinem Wort der Behauptung Schewardnadses „des deutschen Revanchismus“ zugestimmt habe. AM De Michelis habe gewisse Sorgen im Hinblick auf den in Europa aufflammenden Rechtsradikalismus, insbesondere der Republikaner in D, geäußert.

## 6. Benelux

Ministerpräsident Lubbers begrüßte (laut Pressemeldungen)<sup>10</sup> den 10-Punkte-Plan vor dem niederländischen Parlament, warnte gleichzeitig davor, die vorgeschlagene Konföderation zu einer rein deutschen Angelegenheit zu machen. Dies zu verhindern, sehe er als Aufgabe der EG-Mitgliedstaaten an.

Belgischer AM Eyskens (ähnlich LUX) hat Ihren Plan positiv aufgenommen.

## 7. Spanien

AM Ordonez hat nach Mitteilung von Botschafter Brunner gestern in mehreren Interviews im Rundfunk und Fernsehen „alle Sympathie für das Anliegen der Deutschen“ geäußert und „die Erklärung des Bundeskanzlers als sachgemäß und flexibel“ bezeichnet.

9 In der Vorlage an Bundeskanzler Kohl wies Ministerialdirektor Teltschik auf die „distanzierte Haltung von MP Andreotti zur deutschen Einheit“ in einem Interview in der Tageszeitung „Corriere della Sera“ (Mailand) vom 26. November 1989 hin. Für Andreotti sei entscheidend, „daß der Prozeß des Wandels in Mittel- und Osteuropa nicht außer Kontrolle gerät und einen Rückschlag erleidet sowie sich alle künftigen Wandlungsprozesse im Rahmen stabiler Strukturen (EG, KSZE) vollziehen“. Dabei ziehe er „die KSZE-Schlußakte von Helsinki als Grundlage für die Endgültigkeit und Unberührbarkeit aller Grenzen in Europa“ heran. Ein Interview des Außenministers de Michelis in „Stampa Sera“ (Turin) vom 27. November lasse „keine Divergenzen“, aber eine „etwas positivere Haltung des Außenministers zum Problem der Überwindung der deutschen Teilung“ erkennen (Vorlage betr. Äußerungen des italienischen Ministerpräsidenten Andreotti zur Deutschlandpolitik, 28. November 1989, Anlage: Übersetzung der wesentlichen Passagen beider Interviews; BK, 211 – 30131 I 3 It 10 Bd. 1).

10 Der Nachrichtenagentur AP zufolge begrüßte Ministerpräsident Lubbers vor dem niederländischen Parlament den Zehn-Punkte-Plan, warnte aber davor, die vorgeschlagene Konföderation zu einer „rein deutschen Angelegenheit“ zu machen. Dies zu verhindern, sehe er als Aufgabe der EG-Mitgliedstaaten an (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Nachrichtenspiegel I. Nr. 333. 30. November 1989, 2; BPA/PA, F 1/20).

## 8. EG-Kommission

Präsident Delors hat gestern in einer persönlichen Erklärung<sup>11</sup> (Text liegt Ihnen vor) seine Unterstützung Ihrer politischen Linie bekräftigt.

## II. Wertung

1. Während die amerikanische Reaktion durchgehend positiv ist und lediglich vor einem Handel „Neutralität gegen Einheit“ warnt – für den es keine Grundlage in Ihrer Erklärung gibt –, fällt britische Reaktion von PM Thatcher gegenüber BM Genscher kritischer aus. (Öffentliche Erklärungen gibt es bisher nicht.)  
Dies liegt auf der Linie der bisherigen Äußerungen von PM Thatcher, die offenbar dezidiert der Auffassung ist, daß das Thema „deutsche Einheit“ jetzt nicht auf die TO gehört und ein überstürzter Prozeß in Richtung „deutsche Einheit“ die Position Gorbatschows – und die Nachkriegsordnung in Europa – die für GB zugleich eine gewisse Garantie für Stabilität auf dem Kontinent darstellt – erschüttern könnte.
2. Die offizielle französische Reaktion – vor allem in der Stellungnahme von AM Dumas – ist konstruktiv. Der Hinweis, daß die Wiedervereinigung im europäischen Kontext erfolgen müsse, ist nicht anfechtbar. Gleichzeitig wird damit der taktische Versuch verbunden, uns in der Frage des weiteren Vorgehens bei der Wirtschafts- und Währungsunion auf eine klare Entscheidung beim nächsten ER festzulegen. Gleichwohl dürfte es in Paris – wie auch in London und anderswo – die tiefsitzende Sorge geben, daß in der ganzen weiteren Entwicklung – Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten, Öffnung der EG gegenüber Osteuropa – die Hauptrolle künftig bei Deutschland liegt.
3. Auch nach der Richtigstellung durch das italienische Außenministerium sind die Äußerungen des italienischen Außenministers befremdlich, da sie in keiner Weise der Tatsache Rechnung tragen, daß der 10-Punkte-Plan die deutsche Frage in den europäischen Prozeß und die Ost-West-Entwicklung einbettet. Ausgesprochen positiv sind demgegenüber die Äußerungen von Benelux und des spanischen Außenministers Ordonez.
4. Die sowjetischen Äußerungen sind weniger negativ, als es zunächst den Anschein hat. Wenn Gerassimow erklärt, niemand in Europa sei begierig, ein vereintes Deutschland zu sehen, so versucht er damit, die (vermeintlichen oder tatsächlichen) Besorgnisse anderer vorzuschieben. Auch die Vorwürfe von Gremitskich, der 10-Punkte-Plan bedeute eine „Ablenkung des Reformprozesses in der DDR in eine nationalistische Richtung“, stellen eher eine Pflichterfüllung dar. Die Erklärung von Schewardnadse ist demgegenüber ein klarer Hinweis darauf, daß die Sowjetunion – wenn auch unter bestimmten Bedingungen (Verzicht auf Grenzen von 1937) – bereit ist, über Ihren Plan zu diskutieren.  
In diesem Zusammenhang verdient festgehalten zu werden, daß auch in westlichen Hauptstädten die „Grenzfrage“ mit der weiteren Entwicklung in Verbindung gebracht wird.

*Telttschik*

<sup>11</sup> Laut dpa erklärte Delors in Brüssel, es sei „allein Sache der DDR-Bürger, über ihre Zukunft zu entscheiden“. Auf diesem Prinzip beruhe auch der von Bundeskanzler Kohl vorgelegte Plan, der zugleich das „unwiderrufliche Engagement“ der Bundesrepublik auf dem Weg zur europäischen Union bestätige (ebd.).